

Den in den Jahren 1952 und 1954 vom Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen zusammengestellten und vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen ersten beiden Teilen der Dokumentensammlung „Unrecht als System“ folgt jetzt die dritte Zusammenstellung von Dokumenten, mit der sich der Untersuchungsausschuß an die Weltöffentlichkeit und vor allem an die Juristen wendet, um erneut auf die Mißachtung und planmäßige Verletzung fundamentaler Rechtsprinzipien hinzuweisen, die unter Anleitung der politischen Machthaber in der Sowjetzone Deutschlands von Verwaltung und Justiz der Zone begangen werden.

Nach der III. Parteikonferenz der SED im Frühjahr 1956 hofften wir im Interesse der mitteldeutschen Bevölkerung, daß keine Veranlassung mehr bestehen würde, mit einer weiteren Ausgabe von „Unrecht als System“ Beweismaterial darüber vorlegen zu müssen, daß das Zonenregime sich weiterhin bedenkenlos über rechtsstaatliche Grundsätze hinwegsetzt, ja sogar bewußt gegen diese verstößt, um politische Ziele zu erreichen.

Die mit den ersten beiden Teilen der Dokumentensammlung bewiesenen rechtswidrigen Maßnahmen und Verletzungen der Grundrechte waren in den Ausführungen maßgebender Partei-, Staats- und Justizfunktionäre der Sowjetzone während und unmittelbar nach der III. Parteikonferenz zugegeben worden. Die Bewohner der Zone waren zwar mißtrauisch gegenüber den Versprechungen, wonach künftig die Rechte der Bürger bessere Beachtung finden sollten, aber sie hatten doch alle eine stille Hoffnung, daß diesen Versprechungen Taten folgen würden.

Durch die Ausführungen des 30. und 33. Plenums des Zentralkomitees der SED wurden diese Hoffnungen zerstört. Die Partei befahl, mit „Liberalisierungstendenzen“ gründlich aufzuräumen, und diesem Befehl entsprechend wurden alle Vorschläge, die eine gewisse Hinwendung zu rechtsstaatlichen Grundsätzen hätten zur Folge haben können, scharf zurückgewiesen. Mit dem 35. Plenum leitete die SED dann eine weitere erhebliche Verschärfung des Kurses zum „Aufbau des Sozialismus“ ein, die klar erkennbar in den Forderungen des V. Parteitages im Juli 1958 gipfelte.

Die Folgen dieser ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit konsequent durchgeführten Politik zeigen sich in der erschreckend ansteigenden Zahl der Flüchtlinge aus der Sowjetzone. Mit großer Besorgnis und tiefer Anteilnahme wird diese Entwicklung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in der gesamten freien Welt beobachtet.

Der Deutsche Bundestag wird sich in diesen Tagen in Berlin mit der Situation in Mitteldeutschland und der Rechtsnot der dem Unrecht ausgelieferten Bevölkerung beschäftigen.